



Gesine Schwan, Präsidentin der Europa-Universität Viadrina

TEILHABE AN BEGEISTERNDEN STIFTUNGSVORHABEN

im Gespräch mit Christoph Mecking, Stiftung&Sponsoring



S&S: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Frau Professorin Schwan, welche Rolle spielen Stiftungen für Sie ganz persönlich?

Schwan: Ich war und bin zwar in einigen Stiftungsräten, aber erst mit meiner Funktion an der Hochschule habe ich mich näher mit der Idee der Stiftung befasst und habe dabei festgestellt, dass das Stiftungsmodell die Universität zu größerer Stetigkeit und Autonomie führen kann.

S&S: Wo sehen Sie als Politikwissenschaftlerin denn die allgemeine Bedeutung und den Wert von Stiftungen? Welche Chancen und Risiken sehen Sie für ihr Handeln unter den aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen?

Schwan: Wir brauchen in der von ökonomischer Globalisierung geprägten Gesellschaftsordnung einen Rahmen, in dem Demokratie verwirklicht wird und der Politik, dem Privatsektor und der organisierten Zivilgesellschaft Verantwortung zuweist. Diese drei Sektoren ergänzen einander und können sich gegenseitig nicht ersetzen. Insbesondere zivilgesellschaftliche Akteure können wirksame Kontrolle ausüben – auch gegenüber Privaten, die nationale Regelungen mühelos unterlaufen können. Als Teil der organisierten Zivilgesellschaft spielen unabhängige Stiftungen eine besondere Rolle, um diese komplexe Welt in partizipatorischen Freiräumen zu gestalten.

S&S: Im deutlichen Gegensatz zu einem solchen positiven Verständnis stand Ihre Partei, die SPD, dem Stiftungswesen mit seiner individualistischen und bürgerlichen Ausrichtung lange überaus skeptisch gegenüber. Als prägend für diese Haltung wird noch heute das Wort des früheren Frankfurter Oberbürgermeisters Rudi Arndt zitiert, Stiftungen seien ein Relikt aus der Feudalzeit und gehörten abgeschafft. Umso mehr wunderte es viele, als die Regierung unter Bundeskanzler Schröder deutliche Aktivierungssignale zustande brachte. Anfang Oktober sind die von Bundesfinanzminister Steinbrück initiierten Regelungen zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements Gesetz geworden. Sehen wir hier Zeichen für einen Paradigmenwechsel in der deutschen Sozialdemokratie?

Schwan: Das bürgerschaftliche Engagement spielt auch im neuen Grundsatzprogramm der SPD eine deutlich größere Rolle. Die Zeit hat sich verändert und die Sozialdemokratie will lernfähig sein und ist es auch. Doch muss sie auf eine breitere Anhängerschaft Rücksicht nehmen und insofern ist ihr Umdenken eher langsam. Wir verschweigen nicht, dass die Partei ganz stark auf den Staat gesetzt hat und nicht auf ein bürgerschaftliches Engagement, das lange Zeit als „Mittel-

standskonkurrenz“ angesehen wurde. Nach wie vor gibt es eine Skepsis gegenüber außerparteilich organisierter Teilhabe der Bürger; es ist ja auch nicht jede Bürgerinitiative oder Stiftung gleich gemeinwohlorientiert. Die SPD hat gelernt, dass sie neue Bündnispartner braucht, nicht zuletzt, weil die jüngeren Generationen nicht mehr ohne Weiteres bereit sind, sich großen Organisationen lebenslang zu verpflichten. Aber die SPD ist auch an der demokratischen Regelung der Verhältnisse interessiert und akzeptiert den Selbstlauf des Marktes nicht als alleinige Ordnungsvorstellung.

Ob Geld in Form von Steuern eingenommen und im politischen Prozess verteilt wird oder den Bürgern mehr Freiräume gelassen werden sollen, die sie über die Organisationen des Dritten Sektors gemeinwohlorientiert ausfüllen können, ist umstritten. Ordnungspolitisch bin ich der Meinung, dass etwa im Bildungssektor Stiftungen eine wichtige Ergänzung zur öffentlichen Daseinsvorsorge sein können. Es muss eine gute Mischung geben zwischen unkonventionellen Initiativen und der Grundversorgung. Nur so können alle Schichten erreicht werden, nicht nur die Begüterten und die besonders gut Informierten.

S&S: Am 28.11.2004 erhielten Sie den Marion Dönhoff Preis für internationale Verständigung und Versöhnung, am 04.05.2006 den Schader-Preis, die höchstdotierte Auszeichnung für Gesellschaftswissenschaftler in Deutschland, der für besondere Verdienste um die Praxisorientierung der Gesellschaftswissenschaften verliehen wird. Gewürdigt wurde insbesondere Ihr Beitrag zur Ost-West-Versöhnung und Völkerverständigung. Wo sehen Sie die Rolle der Stiftungen für den Dialog zwischen Ost und West?

Schwan: Es gibt im Osten viele Bürgerinitiativen im Aufbruch, die finanzielle Hilfe brauchen und in Stiftungen oft unkonventionelle Helfer finden. Geholfen werden muss in vielen Bereichen, aber auch strukturell, weil die kommunistischen Staaten die Menschen, die nicht in ihre Vorstellung von einer „gesunden“ sozialistischen Gesellschaft gepasst haben, tendenziell an den Rand oder in die Unsichtbarkeit gedrängt haben; diese problematische mentale Erbschaft muss überwunden werden.

S&S: Sie haben auch im anglo-amerikanischen Raum geforscht, u.a. in Cambridge, Washington und New York. Das Stiftungswesen in den USA gilt hierzulande als Vorbild; amerikanische Hochschulen haben ihre Spendeneinnahmen 2006 weiter um 9,4 % gegenüber dem Vorjahr steigern können auf umgerechnet 19 Mrd. €. Was kann das Hochschulfundraising, was kann das gesamte Stiftungswesen von der Situation in Amerika lernen?

Schwan: Es kann lernen, wie sorgfältig, stetig und langfristig das Stiftungswesen, Sponsoring und Fundraising gepflegt werden müssen. In den großen Universitäten gibt es riesige Stäbe, die diesen Bereich betreuen. Von denen können deutsche Universitäten nur träumen. Zudem besteht in Amerika und England traditionell ein Verpflichtungsbewusstsein der Ehemaligen, der Alumni, und die Bereitschaft von Stiftern, ohne zweckdienliche Rendite etwas zum Erfolg „ihrer“ Alma mater beizutragen.

S&S: Die von Ihnen erwähnte soziale Verpflichtung wird hierzulande nur begrenzt empfunden, obwohl die private Förderung von Hochschulen zunimmt: Was brauchen wir, um Privatpersonen und Unternehmen mehr für die Förderung von Forschung und Wissenschaft zu interessieren?

Schwan: Vielleicht hilft am besten die Teilhabe an begeisternden Stiftungsvorhaben. Dass man Geld gibt und erkennt: Daraus wird was! Dass man sich verbunden fühlt und dass man Verantwortung für gesellschaftliche Anliegen ergreift. Es kann das Gemeinwesen zusammenbringen, wenn man sich gemeinsam für eine Sache einsetzt, zunächst finanziell, dann durch langfristigen Austausch.

S&S: Die Viadrina ist auch auf das Sponsoring angewiesen. Gerade im Wissenschafts- oder Bildungssponsoring werden mit Blick auf eine mögliche Einflussnahme der nicht demokratisch legitimierten Geldgeber immer wieder Vorbehalte geltend gemacht. Wie stehen Sie dazu?

Schwan: Wenn Unternehmen durch wissenschaftliche Arbeiten Erkenntnisse für sich gewinnen, ist das gut, aber wir dürfen nicht vom Prinzip der Öffentlichkeit der Wissenschaft abgehen.

Gerade wenn ich mit Vertretern der Wirtschaft spreche, bin ich manchmal erschrocken, wie gering die Achtung vor der geistigen, nicht unmittelbar verwertbaren wissenschaftlichen Tätigkeit ist. Manchmal habe ich den Eindruck, dass sie diese eigentlich nur als Reputationsquelle sehen, die sie für eigene Vorteile abschöpfen, nicht aber als wirkliche Ressource, um kompliziert denkende, herausfordernde Menschen für gute Innovationen zu gewinnen. Es ist geradezu eine gewisse Aversion dagegen vorhanden, dass man im wissenschaftlichen Bereich nicht völlig kalkulierbar handeln kann, Umwege gegangen werden müssen, nicht sofort Resultate nachweisbar sind und dass die Phantasie von Forschern Freiräume braucht. Da herrscht bei Amerikanern, obwohl sie im Geschäft knallhart sind, ein größerer Respekt vor der Sphäre der Wissenschaft.

S&S: Ein derzeit viel diskutiertes Thema in den USA gilt der Foundation Governance, also der Herausbildung von Instrumenten der Selbst- und Fremdverpflichtung, um Missbräuchen entgegen zu wirken. Wie sehen Sie, etwa vor dem Hintergrund Ihrer Erfahrungen aus Stiftungsgremien, den Nutzen solcher untergesetzlicher Normierungen?

Schwan: Die Transparenz von Entscheidungswegen und -verfahren ist wichtig, demokratietheoretisch gesehen eine

Schlüsselkategorie. Schon Kant sagte sinngemäß: Was der Öffentlichkeit zur Durchsetzung bedarf, hat große Chancen, gerecht zu sein.

S&S: Nach Ihren Plänen sollte die Europa-Universität Viadrina zu einer trinationalen Stiftungsuniversität ausgebaut werden. Wie ist der Sachstand der Umsetzung?



Schwan: Die Idee war zunächst, die gesamteuropäische Aufgabe der Viadrina über die Figur des Weimarer Dreiecks unter Beteiligung von Deutschland, Frankreich und Polen zu lösen. Internationalität verlangt besonders viel Kapazität und Ausdifferenzierung im Studienangebot und Lehrkörper; sie erfordert mehr konstante Mittel im Universitätsetat. Frankreich wollte aber nicht in eine Stiftung einzahlen. Schließlich wurde aus Bundesmitteln und von Polen eine deutsch-polnische Wissenschafts-Stiftung errichtet. Diese kann allerdings schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht ausschließlich auf eine Landesuniversität gerichtet sein. Deutsch-polnische Kooperation zu fördern, ist aber eine legitime Aufgabe des Bundes. Es sind 33 Mio. € eingezahlt und auch schon mehr als 900.000 € Zinsen aufgelaufen; die letzte Rate von 17 Mio. € kommt Anfang 2008. Deren Tätigkeit wird weitgehend in Kooperation mit der Viadrina erfolgen. Notwendig blieb, die Selbstverantwortung der Universität zu stärken; dies erfolgt über eine Trägerstiftung für die Universität. Wirtschaft und gesellschaftliche Multiplikatoren wollen wir in einer weiteren Förderstiftung einbinden. Auch wenn also die ursprüngliche trinationale Konstruktion nur unzureichend umgesetzt wird, lassen sich deren Funktionen grosso modo auch mit den geschilderten Strukturen erreichen.

S&S: Stiftungen haben in den USA und hierzulande eine lange Tradition als Träger von Einrichtungen. Das Land Niedersachsen hat vor einigen Jahren das Konzept der Stiftungsuniversität umgesetzt; die Goethe-Universität in Frankfurt am Main soll eben-



falls in eine Stiftung öffentlichen Rechts umgewandelt werden, verbunden mit einem Höchstmaß an Autonomie. Wie sehen Sie die Chancen des Konzepts der Stiftungsuniversität?

Schwan: Das hängt davon ab, wie sich die Praxis solcher Stiftungen bewährt. Wir haben lange mit dem Land Brandenburg und dem Wissenschaftsministerium verhandelt, um den Grad an Autonomie zu erlangen, den wir haben wollten. Im Land Brandenburg waren wir die einzige Universität, die sich darum bemüht hat. Nach längeren Widerständen zum Schluss auch innerhalb der Universität hat am 26.09. der Senat zugestimmt und das „Gesetz über die Errichtung der ‚Stiftung Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)‘ “ [LT-Drs. 4/5174] wurde vom Landtag am 14.11. verabschiedet. Bereits im März kann die Viadrina Stiftungsuniversität sein. Wir werden kürzere Wege haben, wir werden unser Budget selbst bewirtschaften und auch über unsere Drittmittel frei entscheiden können. Und wir hoffen natürlich, mit dem Symbol Stiftung und dem, was es verkörpert, zusätzliche private finanzielle Unterstützung zu bekommen. Sind wir und die anderen erfolgreich, wird es sicher weitere Nachahmer geben. Doch um diesen Erfolg zu erreichen, bedarf es der kreativen Tätigkeit und des Mutes aller Beteiligten und einer breiten Unterstützung durch Förderer.

S&S: Bei der Lektüre des Gesetzestextes wird auch deutlich, wo die kniffligen Punkte lagen, zum Beispiel bei den Zustimmungsvorbehalten des Landes ...

Schwan: Ursprünglich unterlagen neun von zwölf Aufgaben diesem Zustimmungsvorbehalt im Stiftungsrat. Jetzt ist die Zustimmung des Landes beim Aufstellen des Haushaltsplans und den allgemeinen Zielen und dann notwendig, wenn ihm zusätzliche Kosten entstehen. Zwischen Ministerium und Universität ist über die Jahre der Debatte ein neues Vertrauen entstanden. Beide Seiten identifizieren sich so stark mit dem Projekt, dass sie es nicht mehr aufgeben wollten. Das war auch organisationssoziologisch oder -psychologisch eine interessante Erfahrung; man braucht Prozesse der Vertrauensbildung, der Gewöhnung an neue Denkmodelle.

S&S: Es gibt auch einige private Hochschulen, die von Stiftungen getragen werden, etwa die Bucerius Law School oder die WHU. Diese Einrichtungen fühlen sich in besonderer Weise dem Elite-Gedanken verpflichtet, den Sie einmal als „kurzsichtig“ verworfen hatten. Muss nicht auch das Stiftungskonzept für die Viadrina auf Eliten ausgerichtet sein, um mittel- und langfristig attraktiv für Freunde und Förderer zu sein?

Schwan: Das Stiftungskonzept der Viadrina muss auf vorzügliche Leistungen ausgerichtet sein. Diejenigen, die Leistung mit dem Elitebegriff verbinden, glauben, dass man Leistung nur über Wettbewerbsmechanismen ermitteln kann. So kommt es zu einer Hierarchisierung der Leistung. Wo immer ich Verfechter des Elitegedankens gehört und gesehen habe, habe ich immer nur einen egozentrischen Gesichtspunkt gesehen, keinen gesamtgesellschaftlichen Gesichtspunkt der Leistungssteigerung. Wir müssen aber wegkommen von einem Denken, das unterscheidet zwischen „oben“ und „unten“, „besser“ und „schlechter“ hin zu einem „anders“: Alle sollen ihr Potenzial so gut wie möglich ausschöpfen und damit die Institution als Ganzes verbessern. Gerade auch in der europäischen Ausrichtung sind das nicht nur fachspezifische Qualitäten, sondern auch menschliche, humanitäre und moralische. Ich könnte keine Universität leiten und keine Stiftung auf den Weg bringen, wenn ich nicht davon ausgehen würde, dass Menschen leisten wollen und sich dabei auch wohlfühlen, aber dass sie auch die Chance dazu bekommen und angeleitet werden müssen.

S&S: Deutschlandweit weist Brandenburg mit 110 die geringste Zahl an rechtsfähigen Stiftungen des bürgerlichen Rechts auf. Mit nur 4 Stiftungen auf 100.000 Einwohner fällt auch die Stiftungsdichte sehr niedrig aus. Die meisten Stiftungen sind zudem mit einem sehr geringen Grundstockvermögen ausgestattet. Was kann getan werden, um den Stiftungsgedanken in den neuen Ländern zu stärken?

Schwan: Sicher tragen diese noch an den Bürden der sozialistischen Vergangenheit, an der Entbürgerlichung und Entindustrialisierung. Es sind aber gute Ansätze für verstärktes Engagement sichtbar, gerade auch bei uns in Brandenburg. Darauf setzen wir mit den Stiftungslösungen an der Viadrina.

S&S: Frau Präsidentin, herzlichen Dank für das Gespräch.
[Das Interview fand im Deutschen Historischen Museum, Berlin, statt.]



ZUR PERSON

Prof. Dr. Gesine Schwan ist seit dem 01.10.1999 Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Geboren am 22.05.1943 in Berlin, katholisch, verheiratet, zwei Kinder. Französisches Gymnasium Berlin, Abitur 1962. Studium der Romanistik, Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaften in Berlin, Freiburg im Breisgau, Warschau und Krakau. Promotion 1970 mit einer Arbeit zur politischen Philosophie Leszek Kolakowskis, Habilitation 1975. Seit 1977 Professorin für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, insbesondere für politische Theorie und Philosophie. Mitglied der SPD seit 1970, 1977-1984 und seit 1996 Mitglied der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD. 1985-1987 Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft. 2004 Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin.